



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Bild: Schmidlin Stahlbadewannen

AUSLESE

Diese Ausgabe wird gesponsert von der Firma

Wilhelm Schmidlin AG, 6414 Oberarth

www.schmidlin.ch

Nr.	Datum	Sponsor	
379	25.01.2007	OBT AG, Rubiswilstrasse 14, 6431 Schwyz	393 24.04.2008 Balz Vogt AG, Bodenbeläge, Industriestrasse 1–15, 8855 Wangen
380	22.02.2007	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Büelgasse 6, 8855 Wangen	394 22.05.2008
381	22.03.2007	A. TSCHÜMPERLIN AG, BAUSTOFFE, Oberneuhofstrasse 5, 6341 BAAR	395 26.06.2008 Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, 8855 Wangen
382	26.04.2007	DOM AG Sicherheitstechnik, Breitenstrasse 11, 8852 Altendorf	396 22.07.2008
383	24.05.2007	Auto AG Schwyz, 6431 Schwyz	397 20.08.2008
384	24.06.2007	biberbau ag, 8836 Biberbrugg	398 23.09.2008
385	23.08.2007	pensionskasse pro, 6430 Schwyz	399 21.10.2008
386	20.09.2007	Wilhelm Schmidlin AG, Stahlbadewannen, 6414 Oberarth	400 20.11.2008
387	25.10.2007	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz	401 18.12.2008
388	22.11.2007	Maschinenbau BÜHLER AG, 6431 Schwyz	402 22.01.2009
389	20.12.2007	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Notare, in 8808 Pfäffikon und 8002 Zürich	403 19.02.2009
390	24.01.2008	MIT Provider AG, Rebbergstrasse 20, 8832 Wollerau	404 26.03.2009
391	21.02.2008	Schwyzner Kantonalbank, 6431 Schwyz	405 23.04.2009 PVA AG, Böden Holzwerkstoffe Talstrasse 8, 8852 Altendorf
392	20.03.2008	Beat Föhn AG, Plattenbeläge, Gätzlstrasse 2, 6440 Brunnen	406 28.05.2009
			407 25.06.2009
			408 23.07.2009
			409 27.08.2009
			410 24.09.2009
			411 25.10.2009

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur., Fürsprecher
Wehrli Rechtsanwälte
Bahnhofstrasse 4 / Postfach 762
6431 Schwyz
Tel. 041 818 80 92
Fax 041 811 80 81
info@h-i-sz.ch

Sekretariat Wirtschaftswochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, print&crossmedia, Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 818 80 92
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:
Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Die Abkürzungen bzw. Quellenangaben vor den einzelnen Artikeln «SZ» und «CH» bedeuten:

Zeitungen:

ABl = Amtsblatt Kt. Schwyz
BdU = Bote der Urschweiz
Cas = Cash
EiA = Einsiedler Anzeiger
Fac = Facts
FrS = Freier Schweizer
GeB = Schwyzner Gewerbe-Blatt
HöV = Höfner Volksblatt
MaA = March-Anzeiger
MHZ = March Höfe Zeitung
NLZ = Neue Luzerner Zeitung
NSZ = Neue Schwyzner Zeitung
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
RiP = Rigi Post
SHZ = Schweiz. Handelszeitung

Institutionen:

H+I = Meldung des H+I Schwyz
SKB = Schwyzner Kantonalbank
StK = Staatskanzlei des Kantons Schwyz

... dank den SteuerzahlerInnen

Im Februar/März 2007 konnten die meisten Bezirke, Gemeinden und Kantone, aber auch der Bund, in ihren Haushaltrechnungen Überschüsse ausweisen, was sich – so hoffen wir es – für dieses Haushaltjahr wiederholen wird.

Diese Haushaltüberschüsse sind unter anderem auf Sparmassnahmen, Budgetdisziplin, haushälterischen Umgang mit den Steuergeldern, verbunden mit seriöser Arbeit der hiefür zuständigen Gremien und Personen, zurückzuführen.

Die Kehrseite der Medaille – und dies scheint mir häufig zu wenig beachtet zu werden – ist die Tatsache, dass bevor Geld ausgegeben

werden kann, Geld eingenommen werden muss.

Geld eingenommen wird dank den SteuerzahlerInnen, sowohl natürlichen als auch juristischen Personen, welche ihren Steuerpflichten und Steuerzahlungen jährlich nachkommen.

Wohl sind Steuern vorbehaltlos geschuldet, die Steuereinnahmen werden jedoch von den SteuerzahlerInnen generiert und so sind die Haushaltüberschüsse auch dank den SteuerzahlerInnen zustande gekommen.

Freundliche Grüsse
Sandro Vanoli

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 4–6

Aktuell

Schweizweit freie Spitalwahl
nicht ausbremsen 7

Die Pressevielfalt unter
der Lupe der Statistik 7

Index 8

Themen CH

SP: Partei der Grossen –
Standesstand für Städte 10

Kommentar zum Zeitgeschehen

Kanton Schwyz:
Vom eigenen Erfolg bedroht? 11

Veranstaltungshinweis 12

Norwegische Armee kauft bei Meili AG ein

Die Firma Meili AG baut seit über 40 Jahren in Schübelbach Fahrzeuge. Sie ist inzwischen Schweizer Marktleader für Kommunalfahrzeuge. Das innovative Unternehmen expandiert nun vermehrt ins Ausland. So sind Strassen-Schienenfahrzeuge (für das Nachschleifen von Schienen) in Göteborg, Amsterdam, Wien, in verschiedenen deutschen Grossstädten und neuerdings auch in Malaysia im Einsatz. Seit zwei Jahren hat die Meili AG zudem einen Exklusiv-Vertrag mit einer Firma in Moskau, welche die gesamten GUS-Staaten betreut. Einen interessanten neuen Auftrag erhielt das Schübelbacher Unternehmen aus Skandinavien: Mitte Juli hat die Firma die erste Tranche von vier Spezialfahrzeugen für die norwegische Armee ausgeliefert. Es handelt sich dabei um ferngesteuerte Fahrzeuge mit Schneefräse und Anhänger, welche als Zielscheibenträger für Panzerschiessübungen eingesetzt werden. Sie kommen auf dem Nato-Waffenplatz in der Nähe von Lillehammer zum Einsatz.

Randregionen stärken

Der Kanton Schwyz kann in den letzten Jahren auf eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken. Allerdings zeigen sich regional grosse Unterschiede: Während in zentrumsnahen Regionen eine Vielzahl von neuen Firmen gegründet und dadurch Arbeitsplätze geschaffen wurden, zeigt sich im ländlichen Raum ein deutlich bescheideneres Wirtschaftswachstum. Mit der neuen Regionalpolitik des Bundes soll sich das ändern. Dabei gibt «Bern» die Förderschwerpunkte vor. Diese werden im Rahmen des Schwyzer kantonalen Umsetzungsprogramms 2008 bis 2011 konkretisiert, welches soeben in Bern eingereicht wurde. Der Kanton schlägt darin die gezielte Förderung der schwächeren Gebiete vor. Potenzial wird vor allem im Bereich Tourismus gesehen, aber auch in der Vernetzung von technologisch gut positionierten Unternehmen mit Wissensquellen der umliegenden Hochschulen, schreibt das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Schwyz. Ein weiteres Handlungsfeld liegt in der Erschliessung von geeigneten Industrie- und Gewerbeflächen. Der Kanton erwartet vom Bund für die nächsten vier Jahre einen Darlehensbetrag von acht bis zwölf Mio. Franken für wertschöpfungsorientierte Entwicklungsinfrastrukturen und zusätzlich einen à-fond-perdu-Beitrag von zwei bis drei Mio. Franken für entsprechende Projekte und Programme.

Grundstückhandel nicht privatisieren

Die Schwyzer Regierung beabsichtigt nicht, den Grundstückhandel zu anonymisieren, wie es Kantonsrat Kuno

Kennel (FDP, Arth) in einem Postulat angeregt hat. Er verwies darauf, dass der Bund die Veröffentlichung der Handänderungen nicht mehr zwingend vorschreibt. Durch eine Streichung dieser Publikationen könnten die betroffenen Privatpersonen und die Ämter Arbeit und Geld sparen. Die Rechte der Interessierten würden dadurch nicht beeinträchtigt, schreibt Kennel. Die Regierung stützt sich bei ihrer ablehnenden Antwort auf eine letztes Jahr durchgeführte Vernehmlassung unter den Parteien, bei der sich damals lediglich die FDP für eine Aufhebung der Publikationspflicht ausgesprochen hat. «Die Interessen der Öffentlichkeit und der Eigentümer können besser und einfacher gewahrt werden, wenn der Eigentumserwerb an Grundstücken von Amtes wegen veröffentlicht wird, als wenn Interessierte Einsicht ins Grundbuch nehmen oder einen Auszug daraus verlangen müssen, um zu den Informationen zu kommen», heisst es in der Antwort der Regierung. Das letzte Wort hat der Kantonsrat.

Wirtschaftsraum ist anpassungsfähig

Wie die fünfte Ausgabe der Studie «Standortmonitoring Wirtschaftsraum Zürich 2007» zeigt, hat der Wirtschaftsraum Zürich – zu dem auch Ausserschwyz gehört – in den letzten Jahren anpassungsfähig auf die Herausforderungen der Globalisierung reagiert. Er weist im internationalen Vergleich weiterhin eine hohe Standortattraktivität auf. Zudem entwickelt er sich mit einem Anteil des tertiären Sektors von 66 Prozent zu einem der weltweit am weitesten entwickelten Dienstleistungsgesellschaften. Das solide Wirtschaftswachstum wird zudem durch Zuwanderung von ausländischen Erwerbstätigen und einer steigenden Beteiligung arbeitstätiger Frauen gestützt.

Regierungsrat Hess fordert Steuersenkungen

Die allermeisten Schwyzer Gemeinden und Bezirke stehen finanziell gut bis sehr gut da: 27 von ihnen haben letztes Jahr Überschüsse erzielt, 13 davon sogar in Millionenhöhe. Mit Ausnahme von Gersau und Morschach verfügen alle über Eigenkapital und die Steuerkraft pro Einwohner ist markant gewachsen. Auch im laufenden Jahr deuten alle Indikatoren darauf hin, dass die Steuererträge wieder reichlicher fließen werden. Finanzdirektor Georg Hess ruft aufgrund dieser «soliden Situation» auf, dass nun mit wenigen Ausnahmen alle kommunalen Steuersätze gesenkt werden müssen. Es könne nicht sein, dass auf der einen Seite in den Zürichseegemeinden Geld abgeschöpft werde, damit in kleineren und mittleren Gemeinden die Kassen gefüllt werden könnten. Dadurch würde die innerkantonale

Solidarität aufs Spiel gesetzt. Mit Steuersenkungen könnten die Gemeinden und Bezirke einen entscheidenden Beitrag zur Reduktion der Steuerfuss-Unterschiede leisten und die Standortattraktivität des ganzen Kantons weiter erhöhen. Von kantonaler Seite her sei, so der Finanzchef, in den nächsten Jahren keine Steuersenkung zu erwarten, denn der Kanton brauche die Mittel für die Aufwendungen im Zusammenhang mit der neuen Finanzordnung des Bundes.

Fehlender Schnee drückt auf Ertrag

Den Stoosbahnen ist es im letzten Winter ergangen wie allen anderen (Winter-)Sportbahnen im Kanton: Die zu warme Witterung und der fehlende Schnee drückten massiv auf das Ergebnis. Die Sportbahnen Schwyz-Stoos-Fronalpstock AG rechnen mit einem Ertragsausfall von einer Mio. Franken gegenüber durchschnittlichen Wintersaisons. Die Frequenzen brachen um 27 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Die Wintersportbetriebe auf dem Stoos sind aber noch mit einem blauen Auge davongekommen, weil sie frühzeitig investiert hatten, unter anderem in die künstliche Beschneidung und in neue Transportanlagen.

Einsiedeln: Hohe Nachfrage nach Privatschule

Das nach einem Unterbruch von fünf Jahren wieder belebte Internat der Stiftschule Einsiedeln konnte das Schuljahr 2007/2008 mit 16 Buben und fünf Mädchen beginnen. Das sind deutlich mehr, als man erwartet hat. Der Unterbruch wurde genutzt, um ein neues Leitbild zu erarbeiten, mit welchem sich der traditionsreiche Bildungsanbieter als Tagesschule mit einem weit über die Stundentafel hinaus reichenden Angebot positionieren will. Die Angebote treffen den Nerv der Zeit. Mit 21 Internen liegt man deutlich über dem mit 12 bis 15 Schülern angegebenen Ziel. Und die Tagesschule, deren Einführung mit der ersten Klasse beginnt, kann gleich mit drei Klassen geführt werden: 108 Buben und Mädchen haben sich dafür beworben, 66 bestanden die Aufnahmeprüfung. Das Interesse war sogar so gross, dass man einen temporären Aufnahmestopp verhängen musste. Derzeit verfügt das Kloster erst über 31 Internatplätze. Im Hinblick auf die geäußerte Zielsetzung, in sechs Jahren 60 Interne zu haben, müssen nun die nötigen Raumbedürfnisse geklärt werden.

Axen-Ausbau kostet 958 Mio. Franken

Gemeinsam haben die Kantone Uri und Schwyz vor zwei Jahren vom Bund den Planungsauftrag zum Ausbau der Axenstrasse bekommen. Jetzt haben die beiden Regie-

rungen diesen vorgestellt, der dem Bund zur Überprüfung eingereicht wird. Das Projekt soll in vier Etappen zwischen Ingenbohl bis südlich der Tellsplatte verwirklicht werden. Geplant sind ein Tunnel zur Umfahrung von Sisikon und ein zweiter von Ingenbohl bis zum «Ort». In zwei weiteren Etappen ist die Sanierung der heutigen Axenstrasse vorgesehen. Sie soll zur Touristen- und Freizeitstrasse werden. Der Schwyzer Baudirektor Lorenz Bösch rechnet damit, dass 2011 die ersten Bauarbeiten beginnen können. Bis 2025 soll der Ausbau der Axenstrasse abgeschlossen sein. Das Projekt rechnet mit Baukosten von 958 Mio. Franken. Davon trägt der Bund den Löwenanteil, auf Schwyz werden etwa 46 Mio. und auf Uri fünf Mio. Franken entfallen. Die Axenstrasse ist Teil des Schweizerischen Nationalstrassennetzes.

Gewerbepräsident ist zurückgetreten

Der Präsident des Kantonal Schwyzerischen Gewerbeverbandes KSGV, Alois Niederberger, Schwyz, hat Ende August seinen sofortigen Rücktritt bekannt gegeben. Als Begründung gibt Niederberger im Rücktrittsschreiben seine zurzeit geschäftlichen Finanzengnisse an. Leider hätten diese sogar zu einem Betreibungsverfahren mit Steigerungstermin geführt. Er sei zurzeit daran, diese Problemfelder zu bereinigen. Im Interesse des KSGV und um sich zeitlich seinem Malergeschäft besser widmen zu können, stelle er sein Amt per sofort zur Verfügung. Der kantonale Gewerbeverband wird interimsmäßig durch Vizepräsident Georges Kaufmann, Pfäffikon, geleitet. Die Wahl eines neuen Präsidenten werde an der ordentlichen Generalversammlung im Juni 2008 vollzogen, sagte Gewerbesekretär Jürg Bruhin dem «Bote der Urschweiz». Eine ausserordentliche GV ist nicht vorgesehen.

Rotenfluh-Seile für Laos

Ende August wurden die Seile der Luftseilbahn Rickenbach-Rotenfluh abmontiert. Die Demontage drängte sich auf, weil eine Seilprüfung vom Bundesamt für Verkehr fällig geworden wäre. Doch die beiden Sektionen der Bahn sind schon seit November 2004 stillgelegt, weil ein ehrgeiziges Gesamterneuerungsprojekt – es sieht den Bau einer Gondelbahn für 13 Mio. Franken vor – sich bisher als nicht finanzierbar herausgestellt hat. Die nun wegmontierten Seile kommen in Drittweltländern (in Laos und eventuell Equador) zum Einsatz, wo sie vom bekannten Schweizer Entwicklungshelfer und Brückenbauer Toni «El Suizo» Rüttimann zum Bau von Hängebrücken verwendet werden. Die Seilbahn Rickenbach-Rothenthal AG schenkte dem umtriebigen Schweizer die Seile.

Höhere Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen 2007 werden erneut höher ausfallen als im Vorjahr. Das geht aus einer Umfrage des Finanzdepartements unter den 30 Gemeinden hervor. Die Erhebung der Daten dient als eine der Grundlagen für die Budgetierung 2008. Demnach haben die Gemeinden im Juni 2007 – aufgrund der Selbstangabe der Steuerpflichtigen – höhere Rechnungen ausgestellt als im Juni 2006. Im Detail beträgt die Zunahme bei den natürlichen Personen knapp vier Prozent gegenüber dem Vorjahr (wodurch 7,5 Mio. Franken mehr Einnahmen generiert werden). Bei den juristischen Personen beträgt der Zuwachs 2,3 Prozent (plus eine Mio. Franken). Am grössten fällt die Steigerung bei den Ausständen («Steuern der Vorjahre») aus, nämlich 4,3 Prozent oder plus 3,8 Mio. Franken. Allerdings sind die Abweichungen nach oben tiefer als im Vorjahr. Der Grund: Im Kanton wird von der zweijährigen auf die einjährige Steuererklärung umgestellt. Deshalb begann das Finanzdepartement letztes Jahr, die Steuerausstände zügig aufzuarbeiten.

Hohe Zahl von Verlustscheinen

2006 wurden im Kantons Schwyz 28 800 Zahlungsbefehle gegen säumige Schuldner ausgesellt. Das sind 2000 mehr als ein Jahr zuvor. 12 500 waren Pfändungen und 1330 Konkursandrohungen, wie Peter Fässler, Präsident des Verbands Schwyzer Kantonaler Betriebsbeamter, an der Generalversammlung Ende August in Feusisberg vorrechnete. Ausserdem wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Verlustscheine ausgestellt und «übrige Handlungen», wie zum Beispiel 27 Versteigerungen, 442 Aufschubsbewilligungen, 25 Retentionen (Sicherstellen von Gegenständen) sowie 115 Eigentumsvorbehalte. Obwohl mit diesen Verfahren immerhin 33, Mio. Franken sichergestellt werden konnten, kam es zu 8750 Verlustscheinen. Dabei gingen 41,6 Mio. Franken verloren. Vermehrt müssen die Betriebsämter die Dienste der Polizei bei der Durchsetzung der Forderungen in Anspruch nehmen.

Skisprunganlage Einsiedeln vor dem Konkurs

Trotz grosser Anstrengungen des Verwaltungsrates der Genossenschaft Nationale Skisprunganlage Einsiedeln (NaSE) steht man kurz vor dem Konkurs. Lange war für eine Lösung gerungen worden. Dabei zeichnete sich eine zumindest teilweise Bereitschaft der Gläubiger ab, auf etwa 50 Prozent ihrer Forderungen zu verzichten. Die NaSE habe alles getan,

um die ausstehenden Forderungen in der Höhe von etwa 3,6 Mio. Franken einzutreiben, sagte Verwaltungsrat Helmut Fuchs an der Generalversammlung vom 13. September. Ein Sanierungsplan schien auf bestem Weg. Doch dann trat Ende August die Schwyzer Kantonalbank überraschend ihre Forderungen zugunsten der Arge der Baumeister ab, womit der Sanierungsplan obsolet wurde. Die Arge ist nach der Übernahme der Forderungen der Kantonalbank von 1,2 Mio. Franken im ersten Rang und hat damit gegenüber den anderen Gläubigern die besseren Karten. Sie hat 2,5 Mio. Franken ausstehend, derweil die anderen Gläubiger, die im dritten Rang dastehen, 593 000 Franken zugute haben. Damit zeichnet sich ab, dass die Handwerker die grossen Verlierer sein werden. Der Verwaltungsrat hat einstimmig beschlossen, die Bilanz der Genossenschaft «in den nächsten Wochen» beim Einsiedler Bezirksgericht zu deponieren. Derweil lässt die Arge der Baumeister durchblicken, dass sie keinen Konkurs anstrebe.

Gerangel um die besten Lehrlinge

Um die besten Schulabgänger für KV-Stellen herrscht im Kanton Schwyz ein eigentliches Gerangel. Die Arbeitsgruppe Ausbildung des Vereins Schwyzer Gemeinden und Bezirke (VZGB) bemängelt nun, dass sich die Schwyzer Wirtschaft bei der Vergabe von Lehrstellen im vergangenen Jahr nicht mehr an eine Fairplay-Regel gehalten habe. Bis anhin galt, dass Lehrverträge immer erst im Dezember für das darauf folgende Jahr unterschrieben wurden. Nun sei basierend auf einer Umfrage festgestellt worden, dass sehr gute und gute Sekundarschüler bereits vor dem Dezember eine Stelle in der Privatwirtschaft hatten, moniert der VZGB. Vor allem Banken, Versicherungen und Reisebüros hätten die Fairplay-Regeln gebrochen. Diese härtere Gangart führt nun dazu, dass sich die Gemeinden, Bezirke und der Kanton auch nicht mehr an die Abmachung halten werden. Allerdings sei es so, dass nach Abschöpfung der besten Schulabgänger immer noch genügend Bewerber auf dem Lehrstellenmarkt seien. Die Befragung des VZGB hat gezeigt, dass für die 20 ausgeschriebenen KV-Lehrstellen 274 Bewerbungen eingegangen sind. 43 Prozent davon hatten jedoch keinen genügenden Leistungsausweis.

Diese H+I-Nachrichten wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt und dem March Anzeiger zusammengestellt.

Schweizweit freie Spitalwahl nicht ausbremsen

Es. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz bekämpft die schweizweit freie Spitalwahl. Dies enttäuscht. Kurzfristige Interessen dürfen nicht den notwendigen Wandel des Gesundheitssystems hin zu Qualität, Wahlfreiheit und mehr Wettbewerb verhindern.

Nachdem die Kantone im Frühjahr 2006 bereits den ersten Reformvorschlag des Ständerates blockierten, versuchen sie gleiches beim Reformvorschlag des Nationalrates. Dabei prangern sie Mehrkosten an und wollen dadurch die schweizweit freie Spitalwahl verhindern. Das ist unverständlich: Erstens verursacht der Binnenmarkt gemäss Studien keine Mehrkosten. Es finden nur Kostenverlagerungen von der Zu-

satzversicherung zu den Kantonen statt, was in der Vorlage ohnehin vorgesehen ist. Zweitens erreichten zehn Jahre kantonale Spitalplanung weder eine Bereinigung der Spitallandschaft noch eine Dämpfung des Kostenanstiegs.

Es ist der falsche Weg, die kantonale Planung auszubauen: Denn erstens sind die meisten Kantone für eine qualitativ gute und kostengünstige Gesundheitsversorgung zu klein. Zweitens sind sie im unlösbaren Interessenkonflikt als Eigentümer und Financier von Spitälern sowie Zulassungs- und Tarifsetzungsbehörde gefangen.

Hinter der Kritik der Kantone steht die Angst vor dem Wettbe-

werb. Denn dank Spezialisierung arbeiten qualitativ gute Spitäler tendenziell auch günstiger. Gehen somit Patienten in günstigere und gute ausserkantonale Spitäler, sparen Steuer- und Prämienzahler zwar Geld, doch bleiben eigene Spitalbetten leer. Diese Angst ist Besitzstandsdenken. Der Schutz von Fehlinvestitionen führt zu weiteren Fehlinvestitionen. Die anstehende Reform bietet Chancen. Transparenz bei Qualität und Kosten sowie die schweizweit freie Spitalwahl sind klare Vorteile. Notwendig ist eine marktorientierte Reform des Gesundheitswesens statt ein Rückfall in die Planwirtschaft.

Die Pressevielfalt unter der Lupe der Statistik

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat kürzlich eine detaillierte Analyse über die oft zitierte und diskutierte Konzentration in der Presselandschaft veröffentlicht. Die Studie betrachtet insbesondere die Entwicklungen bei der Kaufpresse, aber auch bei der gesamten aktualitätsbezogenen Presse und widmet sich in einem dritten Kapitel der Nutzung der verschiedenen Presseerzeugnisse durch den Leser.

Hauptfeststellung der Studie ist, dass sich die Titel der Kaufpresse innerhalb des letzten dreiviertel Jahrhunderts praktisch halbiert haben – von 400 in den 30-er Jahren auf 205 im Jahr 2006. Die gesamte Auflage aller Titel zusammen hat sich

dagegen bis Mitte der 80-er Jahre verdoppelt und sich seit damals bei rund 4 Millionen Exemplaren stabilisiert. Hinter dieser Zahl verbergen sich die zahlreichen verschwundenen Titel, deren Leserschaft gezwungenermassen zu anderen Zeitungen wechselte. Seit zwei Jahren verringert sich jedoch die gesamte Auflage der Kaufpresse.

Die Tagespresse verlor in den vergangenen 20 Jahren rund 40% ihrer Titel, während die durchschnittliche Auflage pro Titel von 10 000 auf 16 000 Exemplare anstieg – ein Phänomen, das zum Teil in Grossauflagen und Gratisexemplaren, die in alle Haushalte versandt werden, begründet ist.

In ihren Gesamtüberblick zieht die BFS-Studie die verschiedenen mehr oder weniger neuen Gratiszeitungen mit ein. So erhält man für die aktualitätsbezogene Presse total 405 Titel mit einer durchschnittlichen Auflage von fünf Millionen Exemplaren im Jahr 2006. Dies entspricht 1,5 Zeitungen pro Haushalt und Tag. Die zur vollständigen Tageszeitung ausgebaute Gratispresse stellt die bedeutendste Entwicklung der letzten Jahre dar. Diese neuen Titel scheinen eine Leserschaft anzusprechen, die sich bis dato nicht oder wenig für Zeitungslektüre interessierte.

Centre Patronal

Grosshandelspreise (Basis Mai 2003 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,2	101,6	101,8	102,2	101,9	101,6	102,1	102,3	102,9	103,0	102,6	102,7
2006	102,9	103,3	103,4	104,2	104,8	104,8	105,0	105,5	105,5	105,4	105,4	105,4
2007	105,2	105,5	105,9	106,8	107,8	107,8	108,0	108,3				
*	+2,2%	+2,2%	+2,4%	+2,6%	+2,8%	+2,8%	+2,8%	+2,7%	+2,5%	+2,4%	+2,8%	+2,6%

Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,3	101,6	101,7	102,0	100,8	101,7	101,9	102,1	102,6	102,7	102,7	102,7
2006	102,8	103,1	103,2	103,9	104,2	104,4	104,5	104,7	104,7	104,8	104,8	104,8
2007	104,6	105,2	105,4	106,1	107,0	107,0	107,1	107,4				

Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	100,9	101,5	102,1	102,6	102,2	101,4	102,4	102,7	103,5	103,5	102,3	102,6
2006	103,1	103,5	103,7	104,7	106,0	105,7	106,0	106,9	107,0	106,7	106,5	106,5
2007	106,3	106,2	106,8	108,2	109,4	109,3	109,7	110,0				

Konsumentenpreise (Basis Mai 2000 = 100)

Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	103,7	103,9	104,2	105,0	104,9	104,7	104,1	104,3	104,7	105,7	105,4	105,2
2006	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9
2007	105,2	105,4	105,4	106,6	106,9	107,0	106,4	106,3				
*	+0,1%	+0,0%	+0,2%	+0,5%	+0,5%	+0,6%	+0,7%	+0,4%	+0,8%	+0,3%	+0,5%	+0,6%

	Gewichtung in %	2006										2007							
		April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Monatsindex (Mai 2000 = 100)																			
Totalindex		100	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9	105,2	105,4	105,4	106,6	106,9	107,0	106,4	106,3
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,998	104,8	104,9	105,4	105,1	105,4	106,5	105,0	104,5	104,5	105,5	105,4	104,8	105,6	105,1	105,7	105,4	105,5
	Alkoholische Getränke und Tabak	1,962	115,7	115,7	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,9	115,9	117,6	117,6	117,6	118,5	118,5	118,5	118,5
	Bekleidung und Schuhe	4,259	98,9	98,9	98,9	82,3	82,3	82,3	98,6	98,6	98,6	81,0	81,0	81,0	97,8	97,8	97,8	84,9	84,9
	Wohnen und Energie	25,175	111,2	111,6	111,4	111,8	112,1	111,7	111,6	111,8	111,8	111,1	112,2	112,3	112,9	113,6	113,7	114,0	114,0
	Hausrat und laufende Haushaltung	4,335	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,4	101,4	101,4	102,0	102,0	102,0	101,9	101,9	101,9	102,0	102,0	102,0
	Gesundheitspflege	16,666	103,8	103,8	103,8	103,2	103,2	103,2	103,1	103,1	103,1	103,2	103,2	103,2	103,3	103,3	103,3	103,3	103,3
	Verkehr	10,286	108,9	109,9	109,7	110,7	111,5	109,6	107,8	107,4	107,3	107,4	106,9	108,1	109,4	110,6	111,3	111,4	110,3
	Nachrichtenübermittlung	2,636	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,7	84,7	84,7	84,3	82,7	82,2	82,1	82,1	82,0
	Freizeit und Kultur	9,242	99,6	99,6	99,4	99,4	99,4	99,0	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	98,9	99,1	99,1	98,7	98,6	98,6
	Erziehung und Unterricht	0,663	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	110,2	110,2	110,2	110,4	110,4	110,4	110,4	110,4	110,4	110,4	110,4	110,4
	Restaurants und Hotels	9,009	110,2	110,2	110,2	110,1	110,1	110,1	109,7	109,7	109,7	111,8	111,8	111,8	111,8	111,8	111,8	111,2	111,2
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	4,769	109,2	109,3	109,3	109,3	109,1	109,1	109,1	109,1	109,1	108,6	109,1	109,1	109,1	109,3	109,3	109,3	109,4
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	73,222	106,5	106,7	106,7	106,6	106,7	106,8	106,7	106,8	106,8	107,1	107,4	107,4	107,6	107,7	107,8	107,6	107,6
	Auslandgüter	26,778	104,9	105,4	105,2	102,8	103,2	102,0	103,7	103,2	103,2	99,9	99,9	100,2	103,9	104,4	104,6	102,8	102,4
	Waren	43,702	104,2	104,5	104,4	102,6	102,8	102,3	103,2	102,8	102,8	100,8	100,8	100,9	103,5	103,7	104,0	102,7	102,4
	Dienstleistungen	56,298	107,7	107,8	107,9	108,0	108,1	108,2	108,0	108,3	108,3	108,6	109,0	109,0	109,1	109,4	109,4	109,3	109,3

* Veränderungen gegenüber Vorjahr
Die neuesten Zahlen der Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit ab Tonband 0900 55 66 55 und Telex 129.

60 Jahre Schmidlin Stahlbadewannen

1947 gründete Wilhelm Schmidlin in Oberarth im Kanton Schwyz die erste und einzige Stahlbadewannenfabrik der Schweiz.

1985 übernahmen Eduard und Margrit Wullschleger-Schmidlin die Firma und führten sie erfolgreich als Inhaber. Am 1. September 2007 übergaben sie die operative Geschäftsleitung ihren beiden Söhnen Urs Wullschleger und Beat Wullschleger, die das Familienunternehmen in der dritten Generation leiten.



Beat Wullschleger



Urs Wullschleger

Bei der Wilhelm Schmidlin AG werden Badewannen, Duschwannen und Duschflächen aus hochwertigem Stahl tiefgezogen und in einem leistungsfähigen, mit modernster Technik ausgestatteten Emallierwerk veredelt.

Die Stärken der Firma Schmidlin sind die Flexibilität, der hohe Qualitätsstandard, die Vielfalt der Produkte und das Eingehen auf Kundenwünsche.

Die Produktion umfasst beinahe hundert verschiedene Badewannenformen und Grössen sowie Duschwannen in jeder nur wünschbaren Länge und Breite und in vier verschiedenen Tiefen. Und wenn das nicht reicht, so können Spezialanfertigungen nach Mass hergestellt werden.

Badewannen mit verschiedenen Whirlsystemen und Badewannen und Duschwannen mit Zargen und mit Gleitschutz sind ebenfalls im Sortiment. Zudem sind alle Produkte mit einer wasser- und schmutzabstossenden Nanooberfläche, GlasurPLUS, erhältlich.

In der Ausstellung am Firmensitz in Oberarth können sich die Kunden beraten lassen, die verschiedenen Badewannenformen besichtigen und das Whirlbad ausprobieren.



Power an Free-Förderanlage im Emallierwerk der Wilhelm Schmidlin AG



Belegschaft der Wilhelm Schmidlin AG mit den Geschäftsführern Beat Wullschleger und Urs Wullschleger und den Firmeninhabern Eduard und Margrit Wullschleger-Schmidlin.

Schmidlin **Stahlbadewannen**

W. Schmidlin AG
Gotthardstrasse 53
6414 Oberarth

041 859 00 60

info@schmidlin.ch

www.schmidlin.ch

SP: Partei der Grossen – Standesstand für Städte

Die Forderung der SP nach einer Vertretung der grossen Städte im Ständerat ist weder progressiv, noch mutig oder sozial. Sie ist reine Macht- und Wahlkampfpolitik. Die Partei will sich ihr politisches Gewicht offenbar nicht durch Wählerstimmen, sondern durch eine nicht durchdachte Revolution unseres politischen Systems holen.

Der Wahlkampf treibt bisweilen hüben wie drüben der parteipolitischen Maginot-Linie sonderbare Blüten. So sieht der Wähler sich neustens mit der Forderung der SP nach einer Vertretung der Städte im Ständerat, und nach einem Ständesstatus derselben für die Feststellung des Ständemehrs sowie beim Initiativ- und Referendumsrecht konfrontiert. Gerechtfertigt wird die Forderung plakativ damit, dass die zehn grössten Schweizer Städte keinen Ständeratssitz hätten aber doppelt so viele Einwohner zählten wie die zehn kleinsten Kantone mit 16 Ständeratssitzen.

Reines Wahlgeplänkel

Diese Aussage ist maximal dann richtig, wenn man bewusst Äpfel mit Birnen, respektive Volks- mit Kantonsvertretung vergleicht. Genauso richtig ist die Aussage, dass die zehn grössten, kleinsten, reichsten oder ärmsten Unternehmen, Steuerzahler, Regionen, öffentlich-rechtlichen Anstalten etc. keinen Sitz im Ständerat haben. Darum soll es hier jedoch nicht gehen. Ist besagte Forderung der SP – notabene im Wissen um die linke Mehrheit in den grossen Städten – etwa gar progressiv, mutig, sozial?

Progressiv ist sie nicht. Sie hält am bestehenden System fest, und das zu recht. Sie will aber in der Hoffnung auf mehr politische Macht, 10 von 3 000 Gemeinden – den linksregierten Städten – die gleichen Rechte einräumen wie den Kantonen.

Mutig ist sie nicht. Wenn die SP, aus welchen Beweggründen auch immer, der Meinung ist, das schweizerische Zweikammersystem auf Basis der Bevölkerung einerseits und den Kantonen andererseits sei nicht mehr zeitgemäss, dann wäre allenfalls die Forderung nach einem neuen politischen System mutig. Mutig sein, heisst aber auch etwas riskieren, zum Beispiel Verständnis und Wählerstimmen. Und dieses Risiko wäre der SP dann offenbar doch zu hoch.

Sozial ist sie nicht. Entgegen ihrer bisherigen Politik spielt die selbsternannte Partei der Kleinen damit nicht nur urbane gegen ländliche Regionen sondern die Grossen gegen die Kleinen aus.

Städte nicht mit Kantonen gleichsetzen

Allerdings ist sie vor allem eines: Politisch und rechtlich falsch. Unser demokratisches Politsystem basiert auf einem ausgeklügelten Gleichgewicht zwischen Kantons- und Volksvertretung, das nicht willkürlichen Überlegungen einiger verklärer und in ihren Anschauungen überholter Geister entspringt. Die Kantone sind nicht Regionen, denen man irgendwelche Kompetenzen übertragen hat, sondern souveräne Stände. Auch wenn dies den Antiföderalisten missfällt, rechtfertigt diese Tatsache, dass sie im Ständerat ein Stimmrecht unabhängig ihrer Grösse oder Bevölkerung haben. Städte und Gemeinden hingegen

sind gerade keine Kantone und haben damit im Ständerat auch nichts verloren. Ihrer Bevölkerungsdichte ist – wenn auch indirekt – genügend Rechnung getragen mit der Anzahl Sitze, die ein Kanton im Nationalrat besetzt. Man kann theoretisch zwar durchaus andere Gewichtsverteilungen vornehmen, nur müssten diese dann, um nicht das ganze System zu gefährden, an anderer Stelle austariert werden. Zudem ist die Gleichstellung einiger weniger Gemeinden mit den Kantonen und dann erst noch nur für den Teilbereich, in dem man sich Vorteile erhofft, schlicht nicht haltbar. Gleichstellung bedeutete nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten.

Statt im Wahlkampf mit billigem Geschütz politische Grabenkämpfe zu führen, sollte die Parteien mit kluger Sachpolitik zu überzeugen versuchen. Sonst könnte die eine oder andere am 21. Oktober 2007 eine böse Überraschung erleben.

Centre patronal

Kanton Schwyz: Vom eigenen Erfolg bedroht?

Der Kanton Schwyz schreibt bekanntlich eine Erfolgsgeschichte. In den 1980er-Jahren noch zu den finanzschwachen Kantonen zählend, gilt er heute als Krösus. Die entsprechenden Eckwerte sind bekannt: niedrige Steuerlast, ausgeglichene Staatsrechnung, eine runde halbe Milliarde Franken Eigenkapital. Was vor gut 30 Jahren (unter Finanzdirektor Xaver Reichmuth) gesät worden ist, trägt heute Früchte. Soweit die allgemein anerkannte, nicht unrichtige Lesart. Weniger Aufmerksamkeit wird der Tatsache geschenkt, dass dieser Erfolg auch Schattenseiten haben kann.

Zwar freuen sich alle über die vergleichsweise moderate Steuerlast. Echte Vorteile erzielen jedoch primär hohe und höchste Einkommen. Das liegt zum Teil in der Natur der Sache (Progression), birgt aber längerfristig politischen Sprengstoff. Dass die untersten Einkommensklassen bei uns gegenüber jenen in der Stadt Zürich kaum oder keine Vorteile aufweisen, ist dabei objektiv weniger relevant. Hüben wie drüben wirkt der Sozialstaat ausgleichend.

Wie aber sieht die Sache für den Mittelstand aus? Die Steuerlast ist akzeptabel. Hingegen ist der Mittelstand bei den Lebenshaltungskosten in Rücklage, namentlich wo es um Haus und Herd geht. Wer nicht Mitglied einer Korporation oder Genossame ist, die ihren Mitgliedern günstigen Boden abgeben kann, hat im Kanton Schwyz bald das Nachsehen. Im Kanton Jura erwirbt man einen Quadratmeter Bauland für 30 bis 100 Franken, in Schwyz und Umgebung kostet das Gleiche zwischen 500 und 1000 Franken und im Bezirk Höfe ist Bauland für den Mittelstand schlicht unerschwinglich. Solche Entwicklungen treffen

selbstredend nicht nur die Eigentümer. Bodenpreise gelten für alle, auch für Mieter. Vorbei die Zeiten, als einige gutverdienende Zürcher die monetäre Liebe zum Kanton Schwyz entdeckten. Der Siedlungsdruck verteilt sich bald über den ganzen Kanton.

In einem Worte: Es nützt Herrn und Frau Schwyzer nichts, wenn sie (vielleicht) ein paar Franken weniger Steuern abliefern, dafür aber deutlich höhere Wohnkosten zu tragen haben. Dies festzustellen ist nicht graue Theorie, sondern unerwünschte Realität. Bereits heute ziehen Mittelstandsfamilien aus den drei Höfner Gemeinden weg, zum Beispiel in die Obermarch. Sie haben der Kinder wegen nicht nur geringere Einkommensmöglichkeiten, sondern gleichzeitig auch noch zusätzliche Ausgaben zu bewältigen und sind geographisch weniger flexibel. Da ist mit gelegentlichen Steuererleichterungen für Familien nichts mehr geholfen. Steuersenkungen haben praktisch keine sozialpolitische Wirkung mehr. Der bereits zitierten Steuerprogression wegen profitieren nur noch sehr hohe Einkommen.

Es ist eine Binsenwahrheit, dass etwas dann zum politischen Thema wird, wenn der Mittelstand davon betroffen ist. Das Spannungsfeld Steuern/Lebenshaltungskosten gehört im Kanton Schwyz dazu. Im Rahmen dieses Gesamtpaketes muss unsere Steuerpolitik überdacht werden. Nicht weil sie schlecht war, sondern weil sich neue gesellschaftliche Realitäten einstellen. Wir haben noch etwas Zeit, und wir haben dank der robusten Verfassung unserer Staatsfinanzen die Grundlage dazu. Zudem gibt es Lösungsansätze, die bereits breit diskutiert werden. So zum Beispiel die flat rate tax. Sie würde ermöglichen, dass auch mittlere Einkommen Klarheit und Berechenbarkeit erhalten. Die eidgenössische

Steuerverwaltung ist derzeit daran, die flat rate tax mit kritischem Blick auf ihre Mittelstandstauglichkeit zu prüfen. Auch die Raumplanung ist zu überdenken. Unser Kanton wird in atemberaubendem Tempo zersiedelt und trotzdem (siehe oben) ist der Boden zu teuer. Wieso nicht den Gemeinden griffige Instrumente in die Hand geben, die den Boden im Sinne der Nachhaltigkeit der Spekulation entziehen?

Ich publiziere diese Zeilen nicht in einer linken Postille oder einem Erbauungsblatt für Besorgte, sondern ganz bewusst im Mitteilungsorgan des kantonalen Handels- und Industrievereins. Es liegt nicht nur an «der Politik», sondern auch an «der Wirtschaft», in solchen Fragen Verantwortung zu übernehmen. Marx ist 1989 nicht gestorben. Er wartet nur darauf, dass seine Geschichtsvorhersage eintrifft. Dass nämlich der (Monopol-) Kapitalismus und mit ihm die freiheitliche Gesellschaftsordnung sich selber abschaffe.

*Dr. Reto Wehrli, Nationalrat,
Schwyz*

Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz

Am **Montag, 15. Oktober 2007, ab ca. 18.15 bis 22.30 Uhr** lädt der H + I seine Mitglieder zur **50. Generalversammlung** ein. Es ist uns eine grosse Ehre, an der diesjährigen Jubiläums-GV Frau **Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements**, als **Referentin** begrüßen zu dürfen.

Die Generalversammlung findet im **Seehotel Waldstätterhof in 6440 Brunnen/SZ** statt. Die Einladungen wurden bereits versandt. Anmeldeschluss ist der 5. Oktober 2007.

2. Wirtschaftsforum des Kantons Schwyz

Am **Dienstag, 30. Oktober 2007, ab 16.00 Uhr bis ca. 20.00 Uhr** findet im **Mythenforum in Schwyz** zum zweiten Mal das **WIRTSCHAFTSFORUM Kt. Schwyz** mit Thema **«Innovation als Wirtschaftsmotor»** statt. Der Anlass wird vom Volkswirtschaftsdepartement des Kt. Schwyz, vom Kantonal Schweizerischen Gewerbeverband sowie dem H + I des Kt. Schwyz organisiert und getragen.

Die Anmeldeunterlagen wurden Ihnen bereits zugestellt; bitte reservieren Sie sich diesen Termin vorsorglich.